

Bericht des Landrates an den Kreistag am 24.06.2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
werte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste!

Die UN-Vollversammlung hat den 20. Juni zum zentralen internationalen Tag für Flüchtlinge ausgerufen. Der Weltflüchtlingstag soll auf das Schicksal von über 50 Millionen Menschen aufmerksam machen, die weltweit auf der Flucht sind. Und täglich kommen Tausende kommen hinzu.

Die Zahl derer, die aufgrund von Kriegen, Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat flüchten, steigt rasant. Hinter diesen Zahlen verbergen sich ebenso viele menschliche Schicksale.

Diese Menschen suchen nach einem besseren Leben. Und Aufgabe der Politik in den EU-Staaten ist es unter anderem, Wege und Möglichkeiten zu finden, wie wir menschenwürdig und solidarisch mit denen umgehen, die in ihrer Not bei uns Zuflucht und Hilfe suchen.

Vor einem halben Jahr habe ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, an gleicher Stelle ausführlich über die Aufnahmesituation von Asylbewerbern im Landkreis Uckermark unterrichtet.

Die Situation in den Krisenregionen der Welt hat sich seitdem keineswegs entspannt. Angesichts von Bürgerkriegen, zerfallender Staatlichkeit, Terrorismus und Armut in den Herkunftsstaaten der meisten Flüchtlinge, ist nicht davon auszugehen, dass sich die Situation rasch verbessern wird. Deshalb wird sich mein heutiger Bericht schwerpunktmäßig wieder diesem Thema widmen.

Die Prognosen über die zu erwartende Zahl der Flüchtlinge, welche der Landkreis aufnehmen soll, steigen beinahe ständig. So hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Mai 2015 die voraussichtlichen Zugangszahlen aktualisiert. Im Ergebnis dessen werden für den Landkreis Uckermark in diesem Jahr mindestens 842 Asylbewerber neu aufzunehmen sein. Tendenz steigend!

Hier die konkreten Zahlen für unseren Landkreis: In den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 wurden 318 Personen aus Eisenhüttenstadt im Landkreis aufgenommen. Mindestens weitere 524 Asylbewerber sind also bis Jahresende noch aufzunehmen und unterzubringen.

Diesen Zahlen müssen wir - trotz sparsamer Haushaltsführung - natürlich auch in der Kreisverwaltung Uckermark Rechnung tragen. Und so ist es nur folgerichtig, die Stellenanteile im Sozialamt und in der Ausländerbehörde zu erhöhen.

Dazu liegt Ihnen heute eine entsprechende Drucksache zur Beschlussfassung vor.

Gegenwärtig leben 650 Asylbewerber im Landkreis Uckermark, davon 321 Männer, Frauen und Kinder mittlerweile in Wohnungen, die im gesamten Kreisgebiet verteilt sind. Mit Hochdruck wird daran gearbeitet, Unterbringungsmöglichkeiten für die Menschen zu finden und herzurichten, die wir in den kommenden Wochen und Monaten erwarten. Dies soll sowohl in Übergangwohnheimen erfolgen als auch in weiteren Wohnungen.

Die Kapazität des Heimes in Prenzlau ist durch die Inbetriebnahme des Containers auf 340 Plätze erweitert worden.

Aus der ursprünglichen Notfallunterkunft in Angermünde mit 50 Plätzen ist seit dem 1. Juni eine reguläre Gemeinschaftsunterkunft geworden. Einige Baumaßnahmen sind im Haus 2 noch zu verwirklichen, damit die Mindeststandards erfüllt sind. Mit den notwendigen Baumaßnahmen verringert sich allerdings die Kapazität auf 35 Plätze. Zusätzlich wird das Haus 1 in Angermünde umgebaut, so dass dort im kommenden Jahr weitere Asylbewerber aufgenommen werden können.

Mittlerweile sind die Vorbereitungen für den Bezug der ersten Asylbewerber in der kreiseigenen Liegenschaft in Templin, Prenzlauer Allee 34, soweit vorangeschritten, dass im August mit den ersten Einzügen zu rechnen ist. Die Anwohner sind über das Vorhaben in verschiedenen Gesprächen informiert worden. Zudem ist für den 28. Juli ein Tag der offenen Tür im künftigen Asylbewerberheim geplant.

Die Abstimmungen mit den örtlichen Wohnungsunternehmen und den kommunalen Vertretern zu möglichen Wohnungsangeboten werden nach wie vor geführt. Die Bereitschaft der kommunalen Vertreter und der Wohnungsunternehmen zur Unterstützung des Landkreises bei der Sicherstellung der Unterbringung von Asylbewerbern ist groß und die Zusammenarbeit durch ein konstruktives Miteinander geprägt. Hierfür spreche ich allen Akteuren vor Ort meinen herzlichen Dank aus.

Die Einwohner des Landkreises Uckermark beschäftigt die Asylthematik ebenso. Insbesondere die Bürger, die direkt betroffen sind, möchten mehr über die Situation und die Strategien des Landkreises erfahren. Den Fragen der Einwohner stellen sich Herr Fillbrunn und Frau Nitschmann. So fanden bereits in Templin, Lychen, Boitzenburg, Schmölln, Wolletz, Milmersdorf und der Gemeinde Uckerland Informationsveranstaltungen statt. Am Ende der Veranstaltungen konnten die Fragen der Einwohner beantwortet werden. Die überwiegende Anzahl der Einwohner hat die neuen Bewohner bereits willkommen geheißen. Eine weitere Einwohnerversammlung wird Anfang Juli in Fürstenwerder stattfinden, denn auch dort sollen einige Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden.

Doch all die bisher vorhandenen und konkret geplanten Objekte, einschließlich der zur Verfügung gestellten Wohnungen, reichen nicht aus, um die für unseren Landkreis prognostizierten Asylbewerber unterzubringen. Deshalb mussten Überlegungen konkretisiert werden, um die Unterbringungskapazitäten zu erhöhen.

Dazu wurden und werden unter anderem Gespräche mit der Stadt Schwedt/Oder geführt, um geeignete Standorte zu finden.

Weiterhin ist beabsichtigt, am Standort des Übergangwohnheimes in Prenzlau, mindestens einen weiteren Container aufstellen zu lassen.

Andere Objekte im Landkreis sind noch in der Vorprüfung.

Auch die Schulen haben sich auf die Kinder von Asylbewerbern eingestellt. Mit Stand 01.06.2015 lebten 104 Kinder im schulpflichtigen Alter in unserem Landkreis. Die vom Bildungsministerium, dem Landesschulamt und den Schulträgern unterbreiteten Angebote werden angenommen. Der für die Asylbewerberkinder so notwendige zusätzliche Sprachunterricht wird mittlerweile in Prenzlau, Angermünde und Boitzenburg angeboten. Eine Ausweitung dieser Angebote wird wegen der weiter steigenden Zahlen notwendig werden.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration. Die Sprachförderung muss möglichst schnell beginnen und konsequent durchgesetzt werden.

Nach der Unterbringung der Asylsuchenden sind Fragen der materiellen Versorgung, der ärztlichen Betreuung, der institutionellen Betreuung ihrer Kinder, der Erfüllung der Schulpflicht, aber auch der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe zu beantworten. Die Mitarbeiter des Landkreises bemühen sich, die grundsätzlichen Dinge für und mit den Asylbewerbern zu klären, aber der überwiegende Teil der Asylsuchenden oder Flüchtlinge kommt ohne oder nur mit geringen Kenntnissen der deutschen Sprache nach Deutschland.

Dieses „Sprachdefizit“ schränkt die Verständigung und damit die Möglichkeiten der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben stark ein. Das gilt sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche. Es zeigt sich, dass der Kreisverwaltung des Landkreises nicht nur bei der Organisation der Unterbringung, sondern auch bei der Integration und bei der Förderung der Asylbewerber eine Schlüsselrolle zukommt. Es entscheidet sich vor Ort, ob die Integration der Asylbewerber und das Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung gelingen.

Die Uckermark profitiert in erheblichem Maße von ehrenamtlich engagierten Menschen, die den Asylbewerbern helfend zur Seite stehen und insbesondere die Sprachvermittlung wesentlich positiv beeinflussen. Diesen ehrenamtlich engagierten Menschen spreche ich meinen persönlichen Dank für ihre Unterstützung aus.

Ebenfalls danken möchte ich den Mitgliedern des Integrationsbeirates des Landkreises.

Bei der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache müssen aber verstärkt Anstrengungen seitens des Landkreises unternommen werden, um eine Verständigung der Asylbewerber zu ermöglichen, denn die Grundkenntnisse der

deutschen Sprache sind für die Asylsuchenden gerade beim Arztbesuch, bei Behördengängen und im täglichen Leben notwendig und unerlässlich.

Da die von Bund und Land geförderten Sprachkurse nicht ausreichen, liegt dem Kreistag in der heutigen Sitzung das Sprachkonzept unseres Landkreises zur Beschlussfassung vor.

Die Herausforderungen an die kommunale Gemeinschaft sind in den vergangenen Monaten nicht geringer geworden. Der Landkreis benötigt nach wie vor jede Menge Unterstützung vor Ort.

Ich bin sicher, dass Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mich und die Mitarbeiter der Kreisverwaltung auch künftig bei dieser Aufgabe nach Kräften unterstützen werden.